



Eilika Wunder

Hessen im Bundesrat

Zum föderalistischen Selbstverständnis der hessischen Landesregierung
1949–1955

2000. VIII, 232 Seiten, geb. € 21,-. ISBN 978-3-930221-09-7

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 69; Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, Bd. 27

Bedeutung und Zukunft des Föderalismus sind auch heute Gegenstand der politischen Diskussion. Nach 1945 war der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik durch die „alten“ und die von den Besatzungsmächten geschaffenen „neuen“ Länder vorgegeben, doch waren die politische Machtverteilung zwischen Bundesregierung und Bundesrat ebenso wie die Aufteilung der Gesetzgebungskompetenz und die Finanzverfassung bei den Beratungen über das Grundgesetz zwischen „Zentralisten“ und Föderalisten heftig umstritten gewesen. Während die bundesdeutschen Kritiker des Föderalismus seine mangelnde Effizienz beklagen, hervorgerufen durch das im Bundesrat institutionalisierte Mitspracherecht der Länder, erblicken seine Befürworter darin eine Garantie für den Erhalt von Pluralität und angemessener Berücksichtigung regionaler Interessen.

In ihrer Studie zur hessischen Bundesratspolitik in den fünfziger Jahren untersucht die Verfasserin das Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundesrat am Beispiel von drei Politikfeldern von besonderer Bedeutung: die Pariser Verträge von 1955, welche die Westbindung der Bundesrepublik besiegelten, die Finanzreform von 1955, die den Primat des Bundes in der Finanzverfassung begründete und schließlich die Grundlegung des Systems der Sozialversicherung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, welche von bestimmendem Einfluss auf die weitere Gesetzgebung blieb. Dabei stellt die Verfasserin nicht nur das Zusammenwirken der beteiligten Institutionen – Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung – kritisch dar, sondern untersucht auch das Verhalten der handelnden Persönlichkeiten in Politik und Administration. In den Mittelpunkt rückt dabei vor allem die dominierende Figur des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, insbesondere auch als politischer Kontrahent Konrad Adenauers.

Die Untersuchung versteht sich als historischer Beitrag zu einer auch heute noch aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskussion.

*Anschrift und Auslieferung: Historische Kommission für Nassau,
Mosbacher Straße 55, D-65187 Wiesbaden,
Tel. 0611/881-0,-111, Fax 0611/881-145, E-Mail: poststelle@hhstaw.hessen.de*